



NICOLE  FÜR DIE LINKE IM BUNDESTAG  GOHLKE



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

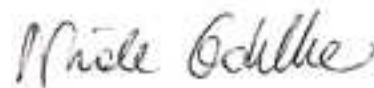
**DIE LINKE
IM PARLAMENT
BRAUCHT
SOZIALE
BEWEGUNGEN
UND PROTEST
AUF DER
STRASSE**

als Abgeordnete im deutschen Bundestag werde ich oft gefragt, wie ich als Parlamentarierin der LINKEN eigentlich konkret arbeite. Mit dieser Broschüre möchte ich einen Einblick in meine parlamentarische Arbeit geben, aber auch meine politische Aktivität in Kampagnen und Initiativen der LINKEN sowie verschiedenen sozialen Bewegungen vorstellen. Denn nach drei Jahren im Bundestag kann ich aus Erfahrung sagen: ohne außerparlamentarischen Protest bleibt die Arbeit im Parlament oft wirkungslos.

In diesem Sinne habe ich meine Arbeit als hochschulpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag politisch ausgerichtet. Als LINKE haben wir sowohl Anträge für ein bundesweites Hochschulzulassungsgesetz, den freien Masterzugang, die Verankerung von Zivilklauseln und für die

Ausfinanzierung der Hochschulen gestellt, als auch aktiv den Bildungsstreik der SchülerInnen und Studierenden unterstützt.

Ich meine: eine starke, antikapitalistische und widerständige Partei links von der SPD ist dringend nötig - gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise. Es geht um nichts anderes als um die Verteidigung der Demokratie und sozialer Errungenschaften in Europa. Deswegen bin ich in der LINKEN aktiv und will es mit der notwendigen Unterstützung auch nach 2013 wieder als Teil der Linksfraktion im Bundestag sein.



Nicole Gohlke

„DIE LINKE IN DIE OFFENSIVE BRINGEN“

Nicole Gohlke, hochschulpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, erklärt im Interview mit der critica, der Zeitung des Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS, wieso das Parlament alleine nicht ausreicht, um die Gesellschaft zu verändern.

Die Band Ton Steine Scherben sang: »Ich bin nicht frei und ich kann nur wählen / welche Diebe mich bestehen / welche Mörder mir befehlen«. Ist das Parlament der richtige Ort um die Welt zu verändern?

Nicole Gohlke: Ich bin politisch aktiv geworden, um gesellschaftliche Ausbeutungs- und Machtverhältnisse zu überwinden. Und damit die diese Verhältnisse stabilisierenden Denkmuster verändert werden, politische



Einstellungen insgesamt nach links verschoben werden. Dabei reicht es meiner Überzeugung nach nicht aus, parlamentarische Mehrheiten zu verändern, sondern es bedarf einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Wahlen können dafür ein Indikator sein.

Meine Arbeit als linke Bundestagsabgeordnete begreife ich deswegen so, mich darum zu bemühen, emanzipatorische Forderungen - speziell von Studierenden und jungen Leuten - aufzugreifen. Indem ich diese Forderungen an die Öffentlichkeit und ins Parlament trage, versuche ich sie zu stärken und linke Positionen in die Offensive zu bringen.

Wie kann das konkret aussehen?

Der Bildungsstreik, vor allem auf seinem Höhepunkt 2009/10, hat auch medial ein Problembewusstsein für die Themen Bildung und Hochschulpolitik geschaffen und auf die Probleme der Studierenden und SchülerInnen aufmerksam gemacht.

Nur wegen den Demos und Besetzungen waren die Regierung und die gesamte etablierte Politik gezwun-

WIR BRAUCHEN
EINE STARKE,
ANTI-KAPITA-
LISTISCHE UND
WIDERSTÄNDIGE
PARTEI LINKS
VON DER SPD

gen, sich mit der Bildungsmisere zu beschäftigen und dazu Stellung zu beziehen. Ich habe damals den Antrag »Forderungen aus dem Bildungsstreik aufnehmen und die soziale Spaltung im Bildungssystem bekämpfen« (Drucksache Nr. 17/119) ins Parlament eingebracht. Darin habe ich die Forderungen aus den Vollversammlungen der verschiedenen Hochschulen gebündelt und dann die Bundesregierung in einer Aktuellen Stunde des Bundestages zum Bildungsstreik damit konfrontiert. Das hat Öffentlichkeit gebracht und die anderen Fraktionen mussten sich dazu verhalten.

In Griechenland, Spanien und Portugal probte Europas Jugend den Aufstand, Großbritannien erlebte 2011 die größte Studierendenbewegung seit 1968, und in Chile waren Hunderttausende SchülerInnen und Studierende monatelang für eine gerechtere Bildungspolitik auf der Straße. Lassen sich daraus auch Prognosen für die Studierendenbewegung in Deutschland ableiten?

Es gehört ja zum Charakter sozialer Bewegungen, dass sie meist spon-

tan sind, und es schlecht vorhersehbar ist, wann sie losbrechen, wie groß sie werden und welche Dynamik sie entfalten.

Ich glaube aber, dass sich in den letzten Jahren europaweit und international unter jungen Leuten, unter SchülerInnen, Studierenden und jungen AkademikerInnen eine neue Protestkultur entwickelt hat, die maßgeblich auf zwei Ursachen zurückzuführen ist: auf die sich durch die fortschreitende ökonomistische Deformation von Bildung und Bildungsinstitutionen zunehmende soziale Selektivität beim Bildungszugang sowie auf die teilweise miserablen Zukunftsaussichten der jungen Generation.

Unter den Vorzeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise wird dieser Prozess nun weiter beschleunigt, denn alle Länder greifen letztlich zu den gleichen Methoden: das Zuschneiden der Hochschulen auf die Bedürfnisse der Privatwirtschaft wird forciert, die öffentliche Finanzierung zurückgefahren, Privatisierungen vorangetrieben. Demokratische und Mitbestimmungsrechte werden außer Kraft gesetzt, Programme zur Förderung von Chan-

cengleichheit abgebaut. Das ist die Situation, von der fast alle Angehörigen dieser Generation betroffen sind, von Großbritannien bis Chile. Letztlich ist also überall ein Potenzial für größere Proteste da – auch in der BRD!

Welche Rolle kann DIE LINKE beim Aufbau und in der Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Bewegungen spielen?

DIE LINKE hat ja ihre Wurzeln zu großen Teilen selbst in den außerparlamentarischen Bewegungen, in der Gewerkschafts-, Friedens-, Anti-Nazi- oder Umweltbewegung. Die LINKE versteht sich auch als Sprachrohr für soziale Bewegungen und will deren Forderungen parlamentarisch zur Geltung bringen.

Das wichtigste an der LINKEN ist aber, dass sie dem neoliberalen und letztlich krisenbestärkenden Kurs der anderen Parteien etwas entgegen setzt: sie ist eben die einzige Partei, die den Kriegskurs der anderen Parteien nicht mitträgt und der Verlängerung des Afghanistan-Mandats regelmäßig widerspricht. Sie ist die einzige Partei, die die ESM-Verträge und den Fiskal-



Nein zu Merkels Spardiktat in Deutschland und Europa: Die Parteispitze und Abgeordnete der Linksfraktion bei den Blockupy Protesten im Mai 2012 in Frankfurt.



**DIE LINKE
MUSS
TEIL DES
WIDERSTANDES
SEIN**

pakt als das benennt, was sie sind: als gigantische Kürzungsorgien sozialer Leistungen und eine Umverteilungsmaschinerie von arm zu reich, die zudem elementare Spielregeln der parlamentarischen Demokratie außer Kraft setzen. Diese Krise ist keine Schuldenkrise, sondern eine Verteilungskrise. Dass diese Positionen überhaupt im Deutschen Bundestag oder in Länderparlamenten vertreten werden, verändert ein Stück weit die politische Debatte und eröffnet auch den außerparlamentarischen Akteuren größere Spielräume.

Kann nach den vielen internen Diskussionen der letzten beiden Jahre für die Partei ein neuer Aufbruch gelingen?

Definitiv. DIE LINKE stand vor ihrem Parteitag in Göttingen vor der bislang schwierigsten Situation ihrer Geschichte. Dafür gab es vielfältige Ursachen: eine Innenwendung der Partei im Zuge von Programm- und Personaldebatten, hausgemachte eigene Fehler in der Kommunikation nach außen, aber auch politischer Art, z.B. in Regierungsverantwortung

auf Länderebene. Gleichzeitig war das Niveau der sozialen Auseinandersetzungen in der Gesellschaft, in denen DIE LINKE ein Motor hätte sein können, äußerst gering. Hinzu kommt noch, dass sich sowohl die SPD als auch die Grünen in ihrer Oppositionsrolle seit 2009 rhetorisch nach links bewegt haben und sich nun verbal gegen Sachen stellen, die sie unter Schröder mit der Agenda 2010 selbst eingeführt haben: gegen Minijobs und Leiharbeit oder gegen die Auswirkungen neoliberaler Reformen an den Hochschulen wie zum Beispiel die Bologna-Reform.

In dieser schwierigen Situation hat sich DIE LINKE – allen Mutmaßungen und Hoffnungen der politischen Gegner zum Trotz – nicht zerstritten, sondern offen ihre Probleme benannt und mit der Wahl des neuen Vorstands die Grundlage für einen neuen Aufbruch geschaffen.

Die beiden neuen Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger stehen für die tiefe Verbindung der Partei mit außerparlamentarischen Bewegungen. Beide haben in den letzten Jahren einen wichtigen Beitrag

geleistet, DIE LINKE sowohl bei den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm, gegen die Naziaufmärsche in Dresden als auch bei Blockupy Frankfurt an der Seite der sozialen Bewegungen zu verankern. Mit diesem Vorstand und vielen engagierten Genossinnen und Genossen im gesamten Bundesgebiet kann es gelingen, DIE LINKE im Vorfeld des Bundestageswahlkampfes 2013 unmittelbar in den politischen Auseinandersetzungen vor Ort zu positionieren, als Bewegungspartei aufzubauen und dabei zum rebellischen Geist der Gründungsphase zurückzufinden.

Im neuen Grundsatzprogramm der LINKEN wird ein radikaler Systemwechsel zu einem demokratischen Sozialismus gefordert. Wie soll man sich einen solchen Systemwechsel vorstellen - soll der Kapitalismus in ferner Zukunft per Beschluss des Bundestages abgeschafft werden?

Wenn ein Beschluss alles wäre, dann wäre ich zumindest sehr skeptisch, ob der Systemwechsel einen emanzipatorischen Charakter hat oder nicht einfach ein verordneter Sozialismus

ist. Als Linke ist man ja auch gezwungen, sich mit den gescheiterten Sozialismus-Versuchen auseinanderzusetzen. Und da müsste der erste Schluss aus der Geschichte sein, dass sich Sozialismus weder einfach beschließen noch mit irgendwelchen Zwangsmaßnahmen durchsetzen lässt. Nach meiner Überzeugung ist eine »Gesellschaft von Freien und Gleichen« in erster Linie Resultat eines emanzipatorischen Prozesses, der letztlich alle Bereiche der Gesellschaft umfassen muss. Darunter verstehe ich Prozesse, in denen möglichst viele Menschen anfangen, ihre Interessen selbst zu vertreten. In der kapitalistischen Gesellschaft, in der sich systematisch die Interessen einer kleinen Minderheit gegenüber denen der Mehrheit durchsetzen, bekommt der Großteil der Menschen das Gefühl, nichts verändern zu können, und dass »die da oben« ohnehin machen, was sie wollen.

Doch sobald Menschen in Bewegung geraten und sich als soziale Bewegung, als kollektiver Akteur konstituieren, wie wir beim Sturz von Mubarak in Ägypten gesehen haben, erleben sie, dass sie gemeinsam vieles erreichen

und ihre Geschicke selbst bestimmen können. DIE LINKE kann eine Partei sein, die genau diese Prozesse befördert. Die Erfolge der Linken in Frankreich und Griechenland zeigen, dass das geht.

Warum muss DIE LINKE auch 2013 wieder im Bundestag vertreten sein?

Das europäische Spardiktat wird auch die politischen Koordinaten in Deutschland über die Bundestagswahl 2013 hinaus bestimmen. Deutschland ist keine isolierte Insel im Meer der taumelnden Eurozone. Die Krise ist hier nur bisher anders spürbar. Während deutsche Unternehmen und Vermögende ihr jährliches Einkommen in den letzten zehn Jahren um 50 Prozent gesteigert haben, sind die Reallöhne gesunken. Millionen Menschen müssen mittlerweile im Niedriglohnsektor oder prekär beschäftigt arbeiten. Die Lebensperspektiven der Menschen werden immer unsicherer. Gleichzeitig wird die Bundeswehr zur Armee im weltweiten Einsatz umgebaut. Eine starke, antikapitalistische und widerständige LINKE ist für die kommenden Auseinandersetzungen unerlässlich.



Abgeordnete der Linksfraktion demonstrieren vor der europäischen Zentralbank gegen den Demokratieabbau im Zuge der Eurokrisenpolitik.

AUSTAUSCH, VERNETZUNG & PERSPEKTIVEN

In den Jahren 2010 und 2011 organisierte ich mit der Unterstützung der Linksfraktion drei große Studierendenkonferenzen im Deutschen Bundestag. Mit jeweils 200 TeilnehmerInnen gehörten diese zu den größten Veranstaltungen unserer Fraktion.

Bei den Konferenzen diskutierten wir gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzungen um die Themen Schuldenbremse, Bankenrettung und Sozialabbau in Europa mit Hinblick auf ihre Auswirkungen im Bildungsbereich und an den Hochschulen. Die Ver-

anstaltungen schufen außerdem einen Rahmen zur Vernetzung unterschiedlicher hochschulpolitischer Akteure: Studierende, insbesondere aus dem Umfeld des Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS, den Bildungsstreik-Bündnissen und dem Occupy-Milieu, sowie Studierendenausschüsse, Studierendenräte und gewerkschaftlich organisierte AktivistInnen. Diese unterschiedlichen Spektren in der Diskussion miteinander, aber auch im Austausch mit Abgeordneten der Linksfraktion, mit Lehrenden und kri-

tischen WissenschaftlerInnen zusammenzubringen, um über die gemeinsamen Perspektiven im Kampf gegen den neoliberalen Umbau der Hochschulen zu beraten, stellte den großen Anspruch dieser Veranstaltungen dar, den wir als Fraktion immer wieder erfolgreich einlösen konnten.



Diskutieren, zuhören, vernetzen: Studierende, Abgeordnete und internationale Gäste auf den Studierendenkonferenzen der Fraktion DIE LINKE, im Bundestag in Berlin. Mit 200 TeilnehmerInnen gehörten diese zu den größten Veranstaltungen unserer Fraktion.

DEMOKRATISCHE HOCHSCHULEN SIND MÖGLICH



Der Kampf für demokratische, unabhängige und ausfinanzierte Hochschulen in einer sozial gerechten Gesellschaft, jenseits von Profit- und Kapitalinteressen, geht für die Linksfraktion auch in der nächsten Legislaturperiode parlamentarisch wie außerparlamentarisch weiter. In den letzten 3 Jahren habe ich mich im Deutschen Bundestag an 163 parlamentarischen Initiativen beteiligt (Stand Juli 2012). Im Folgenden sind unsere wichtigsten hochschulpolitischen Initiativen kurz aufgelistet:

03.12.2009 – ANTRAG – Drucksache Nr. 17/119

Forderungen aus dem Bildungsstreik aufnehmen und die soziale Spaltung im Bildungssystem bekämpfen

25.02.2010 – ANTRAG – Drucksache Nr. 17/785

Kooperationsverbot in der Bildung unverzüglich aufheben

06.05.2010 – ANTRAG – Drucksache Nr. 17/1558

BAföG ausbauen - Gute Bildung für alle

19.05.2010 – ANTRAG – Drucksache Nr. 17/1737

Qualitätsoffensive für die Lehre starten - Einheit von Forschung und Lehre sichern

15.12.2010 – ANTRAG – Drucksache Nr. 17/4186

Missbrauch von Praktika gesetzlich stoppen

13.04.2011 – ANTRAG – Drucksache Nr. 17/5475

Hochschulzugang bundesgesetzlich regeln – sozialen Zugang und Durchlässigkeit in Masterstudiengängen sichern

13.05.2011 – KLEINE ANFRAGE – Drucksache Nr. 17/5832

Drittmittelzuwendungen des Bundesministeriums der Verteidigung an Hochschulen

27.06.2011 – ANTRAG – Drucksache Nr. 17/6271

Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse wirksam regeln

01.07.2011 – ANTRAG – Drucksache Nr. 17/6372

40-jähriges BAföG-Jubiläum für soziale Weiterentwicklung nutzen

08.07.2011 – ANTRAG – Drucksache Nr. 17/6488

Befristung von Arbeitsverträgen in der Wissenschaft eindämmen – Gute Arbeit in Hochschulen und Instituten fördern

15.07.2011 – KLEINE ANFRAGE – Drucksache Nr. 17/6562

Rassismus und rechtsextreme Tendenzen der Deutschen Burschenschaft

19.10.2011 – ANTRAG – Drucksache Nr. 17/7341

Hochschulpakt 2020: Für mehr Studienplätze und gute Arbeitsbedingungen – Hochschulen sozial öffnen

28.11.2011 – ANTRAG – Drucksache Nr. 17/7864

Die Ergebnisse öffentlicher Forschung für alle zugänglich machen - Open Access in der Wissenschaft unterstützen

22.03.2012 – ANTRAG – Drucksache Nr. 17/9064

Freiheit von Forschung und Lehre schützen – Transparenz in Kooperationen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit Unternehmen bringen

29.03.2012 – ANTRAG – Drucksache Nr. 17/9197

Bologna-Prozess - Umsteuern für ein besseres Studium und offene Hochschulen

14.06.2012 – ANTRAG – Drucksache Nr. 17/9979

Keine Rüstungsforschung an öffentlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen - Forschung und Lehre für zivile Zwecke sicherstellen

14.06.2012 – ANTRAG – Drucksache Nr. 17/9978

Frauen in Wissenschaft und Forschung - Mehr Verbindlichkeit für Geschlechtergerechtigkeit

Service

Alle Drucksachen sind im Original-Wortlaut unter folgender Adresse zu finden: <http://drucksachen.bundestag.de>

Nebenstehenden QR-Code mit einem Smartphone abfotografieren, um auf die Homepage mit den Bundestagsdrucksachen zu gelangen.



ENTSCHLOSSEN GEGEN NAZIS

»Dass Europas größter Neonaziaufmarsch in Dresden seit 2010 kontinuierlich vereitelt wurde, liegt auch an den PolitikerInnen der LINKEN, die sich unermüdlich für große, breite Demonstrationen und entschlossene Blockaden gegen die Nazis und gegen die Kriminalisierung der antifaschistischen Aktionen eingesetzt haben. Ohne den Einsatz dieser Abgeordneten wären unsere Aktionen niemals so erfolgreich gewesen. Wenn es wieder notwendig wird, gehört DIE LINKE zu den ersten Ansprechpartnerinnen.«



**Christoph
Ellinghaus**

aktiv im Bündnis
Dresden Nazifrei
2010/11

AKTIV FÜR DEN LOKALEN AUFBAU

»DIE LINKE wird den Neoliberalismus langfristig nur dann herausfordern können, wenn sie sich gesellschaftlich weiter verankert und vor Ort direkt mit den Menschen in Kontakt tritt. Anlässe gab und gibt es für uns genug: Solidaritätsaktionen mit den von Entlassung bedrohten Schlecker-Frauen, Initiativen gegen die Mietenexplosion oder Aktionen gegen Rüstungsexporte. Die Kreisverbände der LINKEN brauchen deshalb VertreterInnen in den Parlamenten, die ihre Ressourcen und ihre Prominenz aktiv für den Aufbau der lokalen Strukturen nutzen.«



Lili Schlumberger

DIE LINKE München,
Kreissprecherin

ANTI-KRIEGS-PARTEI

»Ginge es nach dem Grundgesetz, dann müsste diese Bundeswehr auf der Stelle aufgelöst werden, denn mit Landesverteidigung haben die weltweiten Kriegseinsätze Deutschlands nicht das Geringste zu tun. Gleichzeitig ist Deutschland weltweit drittgrößter Rüstungsexporteur. Mit den Panzerlieferungen an Saudi-Arabien und der Lieferung atomwaffenfähiger U-Boote an Israel ist Deutschland mitbeteiligt an der militärischen und atomaren Aufrüstung im Nahen Osten. DIE LINKE ist die einzige Anti-Kriegs-Partei im Deutschen Bundestag, weil sie Krieg als Mittel der Politik konsequent ablehnt. Für die bundesweite Friedensbewegung ist sie die einzige parlamentarische Vertretung und in Zeiten des Krieges wichtiger denn je.«



Claus Schreer

Münchner Bündnis
gegen Krieg und
Rassismus

FÜR BESSERE BILDUNG

»Der Krise der Hochschulen versuchen wir mit dem Aufbau eines kämpferischen Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS entgegen zu treten. Doch wir können das nicht allein, sondern brauchen die Partei DIE LINKE, da sie den Studierenden, die unter immer untragbareren Studienbedingungen leiden, im Parlament eine Stimme geben kann. Im nächsten Bundestag brauchen wir noch viel mehr Abgeordnete, die unsere Arbeit auf regionaler und bundesweiter Ebene unterstützen.«



Sascha Collet

Geschäftsführer DIE LINKE.SDS, ehemals SDS Regensburg

GEGEN DEN FISKALPAKT

»DIE LINKE hat sich von den im Bundestag vertretenen Parteien im Kampf gegen den EU-Fiskalpakt, gegen undemokratische Kürzungsprogramme und gegen zerstörerische Finanzmarktspekulationen als die einzige Verbündete erwiesen. Abgeordnete der LINKEN unterstützten die Mobilisierung zu den Blockupy-Tagen in Frankfurt und gehen gegen das Demonstrations- und Versammlungsverbot vor. Solche Abgeordnete brauchen wir mehr! In Zeiten des europaweiten Sozialkahlschlags bis hin zur Kriegsbeteiligung ist Protest und linke Politik mehr denn je auf gesellschaftliche Mobilisierung angewiesen.«



Bernd Michl

attac München

JA ZUR ZIVILKLAUSEL

»Immer mehr WissenschaftlerInnen und Studierende besinnen sich ihrer Verantwortung für den Frieden. Aufgrund von erfolgreichen Urabstimmungen der Studierenden in Karlsruhe, Köln, Frankfurt a.M. und der Bildung von Arbeitskreisen an mehr als drei Dutzend Hochschulen hat die Zivilklausel-Bewegung in wenigen Jahren an Boden gewonnen. Die Bestrebungen für gesetzliche Regelungen werden fortgesetzt. DIE LINKE an Hochschulorten, in Landtagen und im Bundestag begleitet und unterstützt unsere Interessen und bringt das Thema auch auf die parlamentarische Tagesordnung.«



Dietrich Schulze

Initiative gegen Militärforschung an Universitäten und Bündnis Hochschulen für den Frieden - Ja zur Zivilklausel

DIA SHOW

Auf den folgenden Seiten sind einige Schlaglichter meiner Arbeit seit September 2009 aufgelistet. In den vergangenen Jahren wurden sowohl im Parlament als auch mit den außerparlamentarischen Bewegungen einige wichtige politische Zeichen gesetzt.

2009



BILDUNGSSTREIK

Fast 100.000 Schülerinnen und Schüler, Eltern, LehrerInnen und Studierende demonstrierten im November 2009 bundesweit für bessere Bildung und für grundsätzliche Veränderungen im Bildungssystem.

PLAKATIEREN



Als Zeichen gegen die Kriminalisierung der friedlichen Blockaden und die Repression gegen das Bündnis Dresden-Nazifrei plakatieren Abgeordnete der Linksfraktion die »verbotenen« Plakate.

NEIN ZUM KRIEG



Die Linksfraktion zeigt Solidarität mit den Hinterbliebenen der 113 zivilen Opfer der Bombardierung von zwei Tanklastern durch die Bundeswehr 2009 im afghanischen Kunduz. Sie zeigt im Plenum die Namen der Opfer und wird dafür des Saales verwiesen.

AKTUELLE STUNDE



Mit einer aktuellen Stunde im Bundestag und einer Solidaritätserklärung macht die Linksfraktion ihre Unterstützung für den bundesweiten Bildungstreik deutlich.

2010

BESUCHSFAHRT



Regelmäßig organisieren wir thematische Besuchsfahrten nach Berlin und in den Deutschen Bundestag für Studierende, Parteimitglieder und interessierte BürgerInnen.

ZIVILER UNGEHOBSAM



Gemeinsam mit anderen Abgeordneten blockiere ich einen geplanten Neonazi-Aufmarsch am 1. Mai in Berlin.

KONFERENZ



200 Studierende diskutieren auf der Studierendenkonferenz 2010 über die Perspektiven der Bildungsproteste.

MOBILISIERUNG



Für die Mobilisierung »Dresden-Nazifrei« 2011 organisiere ich einen fraktionsübergreifenden Mobilisierungs-Clip mit 18 Abgeordneten der LINKEN, SPD und Grünen.

MINDESTLOHN



1. Mai bei den Aktionen des DGB in München: Für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro.

BILDUNGSSTREIK



Im Rahmen des bundesweiten Bildungsstreiks demonstrieren Studierende und SchülerInnen durch München.

2011

FRAUENTAG



Beim internationalen Frauentag beteiligt sich DIE LINKE.Bayern im Rahmen der DGB-Demo mit einem großen und lebendigen Block.

BÜRGERINNENSPRECHSTUNDE



Interessante Debatten bei der BürgerInnen-sprechstunde vor dem Olympia Einkaufszentrum in München: Besonders die Benachteiligung von Kindern aus einkommensschwächeren Familien im bayerischen Bildungssystem ist für viele Menschen aus dem Münchner Norden ein Problem.

KONFERENZ



Unter dem Motto »Krise. Bildung. Zukunft.« trafen sich Studierende, Abgeordnete und internationale Gäste zur Studierendenkonferenz der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag in Berlin.

REDEN



Mehr Studienplätze statt mehr Bologna! Die Linksfraktion fordert im Bundestag die sofortige Aufstockung des Hochschulpakts um 500.000 Studienplätze.

AUSTAUSCH



AktivistInnen der chilenischen Studierendenbewegung zu Besuch bei der Linksfraktion. Sie berichten über die Proteste gegen die Privatisierung der Bildung in Chile.

KRISE



Im Vorfeld der Abstimmung über das zweite milliardenschwere Rettungspaket für Griechenland protestiert die Fraktion gegen die Sparzwangpolitik der Bundesregierung vor dem Bundestag.

2012

DRESDEN NAZIFREI



Nachdem Europas größter Nazi-Aufmarsch zweimal erfolgreich blockiert wurde, trauten sich die Nazis 2012 nicht mal mehr sich zu versammeln.

SOLIDARITÄT



Bei einer Aktion mit dem Kreisverband München besuchen wir Schlecker-Filialen, um uns mit den bundesweit rund 12.000 Kolleginnen zu solidarisieren, die von der Kündigung bedroht sind.

BLOCKUPY



Die Blockupy-Aktionstage in Frankfurt sind, trotz Verbotsorgie der grün-schwarzen Stadtregierung, ein voller Erfolg. DIE LINKE ist wichtiger Teil des Bündnisses.

Süddeutsche Zeitung

»Mit den Ritualen des Parlamentsbetriebs tut Gohlke sich manchmal schwer. Umso mehr genießt sie es, unterwegs zu sein an Hochschulen oder auf Podiumsdiskussionen. (...) »Es geht doch letztlich um die Frage, wie man die politische Kultur verändern kann.

Und da habe ich den Eindruck, dass die Proteste gegen die Atomkraft, gegen Stuttgart 21 oder gegen Acta mehr in Bewegung bringen als Wahlen.«

Süddeutsche Zeitung, 12.04.2012

ssen t uschen

DER TAGESSPIEGEL

»Durch chaotische Zustände in den herkömmlichen Zulassungsverfahren können an vielen Hochschulen trotz der wachsenden Nachfrage Jahr für Jahr Studienplätze nicht besetzt werden. (...) Die Fraktion Die Linke im Bundestag werde noch in dieser Woche einen Antrag für ein Bundeszulassungsgesetz einbringen, kündigte Nicole Gohlke an, Hochschulexpertin der Partei. Das eigentliche Problem hinter dem Zulassungsschaos sei der Studienplatzmangel.«

Tagesspiegel, 13.04.2011

Die Tageszeitung jungeWelt

»Eher Zukunft als Gegenwart: Auf dem Berliner »Marx is Muss«-Kongreß wurden wieder einmal Spielräume ausgelotet.

Nicole Gohlke, Bundestagsabgeordnete der Partei Die Linke, Pavel Mayer, als Pirat im Berliner Abgeordnetenhaus und der bekannte Grüne Hans-Christian Ströbele versuchten vor einem vollbesetzten Plenum

einmal mehr die Möglichkeiten einer linken Bewegung auszuloten.

In ihrem Einstiegsreferat stellte Gohlke fest, daß wichtige gesellschaftliche Veränderungen wie die Sozialgesetzgebung im 19. Jahrhundert eben nicht durch die politische Macht im Parlament, sondern durch den gesellschaftlichen Einfluß von Sozialde-

mokraten und Gewerkschaften erwirkt wurden. Dann überlegte sie, welche Spielräume eine linke Partei in Regierungsverantwortung haben könnte und forderte einmal mehr eine politische Praxis, die das Entstehen neuer sozialer, außerparlamentarischer Bewegung dynamisiert.«

junge Welt, 12.06.2012

»Im Zuge der Schwalbach-Affäre an der Berliner Humboldt Uni fordern Politiker klare Spielregeln. Wirtschaft und Wissenschaft müssten entflochten werden. (...) Nicole Gohlke, hochschulpolitische Sprecherin im Bundestag sagte: »Die Haltung der Hochschule kann als Aufforderung verstanden werden, als Professor ruhig Nebengeschäfte auf solche Weise zu tätigen. Mit einem Gesetzesentwurf der Linksfraktion soll

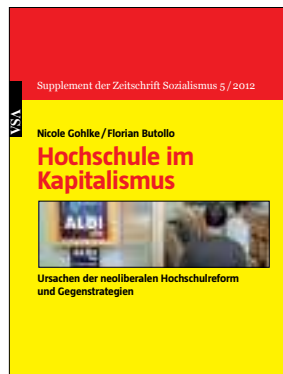
die Bundesregierung aufgefordert werden, »gemeinsam mit den Ländern eine Initiative zur Zugänglichmachung und Offenlegung von Kooperations- und Stiftungsverträgen mit Hochschulen zu ergründen und eine entsprechende Verpflichtung in den jeweiligen Gesetzen zur Informationsfreiheit bzw. der Hochschulgesetzgebung zu verankern.«
taz.de, 21.03.12

»Im Dienste des Krieges. Kaum ein Land verdient so viel mit dem Export von Waffen wie Deutschland. Auch die Hochschulen profitieren: Millionen fließen in die militärische Forschung. Die Linke im Bundestag fordert nun bundesweite Regeln. »Hochschulen und Institute brauchen

einen Kodex für verbindliche und transparente Verfahren«, sagt die hochschulpolitische Sprecherin Nicole Gohlke. Wissenschaftler müssten die Kontrolle behalten darüber, wie ihre Ergebnisse genutzt werden.«
Uni Spiegel, 09.07.12

»(...) Linken-Politikerin Nicole Gohlke war früher Eventmanagerin, aber bei der ZDF Talk-Show „Maybrit Illner“ sollte sie nicht bewerten, ob die Windsor-Sause gut organisiert ist. Sondern erklären, warum Adlige keine Vorbilder sind. (...)Klar, dass da Linken-Politikerin Gohlke dazwischen hauen musste. Kate und William seien keine akzeptablen Vorbilder, denn sie hätten noch nichts im Leben geleistet. Dass der Adel immer wieder an den eigenen Ansprüchen scheitert, beweist für die bayrische Bundestagsabgeordnete die Causa Guttenberg: „Karl-Theodor zu Guttenberg hatte zwei Titel. Einen hat er erschlichen, den anderen geerbt. Was bleibt denn da bitte übrig?“ Diskussionen über Adel in Deutschland werden wohl auch in zwanzig Jahren noch bei dem so tief gefallenen Freiherrn aus Oberfranken enden.«
Die Welt, 29.04.2011

In eigener Sache



Hochschule im Kapitalismus

Im VSA-Verlag ist die Broschüre »Hochschule im Kapitalismus« von Florian Butollo und mir erschienen. Darin stellen wir eine kapitalismuskritische und marxistische Interpretation der neoliberalen Hochschulreformen dar.

Bestellbar für 3,50 € (inkl. Porto) über:
<http://hochschule-im-kapitalismus.nicole-gohlke.de>

critica-Kolumne

Regelmäßig Mitte des Monats veröffentliche ich auf critica-online meine Kolumne. Zu finden unter:
www.critica-online.de



Lesenswert



Klar: Die vierteljährlich erscheinende Zeitung der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.



critica: Die Semesterzeitung des Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS.



Forum Wissenschaft: Die Vierteljahreszeitschrift des Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi).



marx21: Das fünfmal im Jahr erscheinende Magazin von marx21 - Netzwerk für internationalen Sozialismus.

Impressum

Berlin, Oktober 2012 / © Nicole Gohlke / Alle Rechte vorbehalten

V.i.S.d.P.: Nicole Gohlke, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktion: Nicole Gohlke, Robert Blättermann, Silke Stöckle, Yaak Pabst

Gestaltung, Typografie und Satz: Yaak Pabst

Bildnachweise: Seite 16 Marco Fieber (CC BY-NC-ND). Alle anderen Bilder von Linksfraktion, Nicole Gohlke oder Privat.



Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat geschlossen gegen Merkels »Rettungspakete« gestimmt.

KONTAKT

Nicole Gohlke | Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

Telefon: 030 227-71306

Telefax: 030 227-76593

E-Mail: nicole.gohlke@bundestag.de

www.nicole-gohlke.de

Wahlkreisbüro München

Hochbrückenstraße 10 | 80331 München

Telefon: 089 37951602

Telefax: 089 37951602

E-Mail: nicole.gohlke@wk.bundestag.de